

GRUNDSTEUER B

Nicht alles gefallen lassen

Jetzt sind sie also herausgegangen, die Abgabenbescheide der Stadt Mörfelden-Walldorf für die erneut erhöhte Grundsteuer B. Mit 790% sind wir jetzt hessen- und bundesweit in der Spitzengruppe, was die Hebesätze angeht. Zum Vergleich: München hat einen Hebesatz von 535%. Sind wir jetzt Großstadt?

Für ein durchschnittliches Haus in Mörfelden-Walldorf, für das man im Jahr 2012 z.B. 260 € Grundsteuer zu zahlen hatte, fällt jetzt – nach mehreren Erhöhungen – mehr als das Doppelte an! Hauseigentümer zahlen sofort, Mieter werden erst mit der Nebenkostenabrechnung 2017 damit konfrontiert.

Bei der letzten Erhöhung der Grundsteuer B hatten mehr als 800 Hausbesitzer Widerspruch eingelegt. Die Widersprüche wurden abgewiesen. Etwa 40 Betroffene klagten vor dem Verwaltungsgericht. Auch das wurde mit seitenlangen juristischen

Wortklaubereien abgewiesen. Zwei Verfahren sind allerdings noch immer bei Gericht anhängig.

Ist es also aussichtslos, sich zu wehren? Nein, das ist es nicht. Man darf „denen da oben“ nichts schenken! Je aktiver unser Widerstand ausfällt, umso schwerer wird die Stadt sich damit tun, die Gebührenschaube in Zukunft weiter anzuziehen.

Hauseigentümer können auch diesmal wieder Widerspruch einlegen und gegebenenfalls klagen. Textvorlagen für einen Widerspruch gibt es u.a. im Internet unter www.dkp-mw.de.

Mieter haben kein Widerspruchsrecht, können aber der Grundsteuer-Erhöpfung trotzdem widersprechen und sich so direkt bei der Stadt Mörfelden-Walldorf über die Gebührenpolitik beschweren.

Alle können sich an der Unterschriftensammlung der DKP/LL beteiligen oder die Petition unterzeichnen (siehe S. 2). Wir werden darüber berichten.

Wird jetzt alles besser?

Burkhard Ziegler von den Freien Wählern kandidiert.

Ein Banker will also jetzt Erster Stadtrat werden.

Vor der Kommunalwahl wollten die Freien Wähler den Posten des Ersten Stadtrates ganz abschaffen.

Vor der Wahl wollte man auch keine Steuererhöhungen.

Mit diesen Forderungen in ihren sehr aufwändigen Wahlmaterialien gewannen die Freien Wähler 22,8% der Stimmen. Manches sagen: Das ist Betrug an den Wählern.

Ob Täuschen und Tricksen zur Methode des künftigen Hauptamtlichen gehört, glauben wir nicht. Aber im Raum stehen schon seine Aussagen und die Praxis der Freien Wähler im Stadtparlament.

Urhahn wurde abgesetzt, die Kosten bezahlt der Steuerzahler.

Die Protestschilder gegen den weiteren Ausbau des Flughafens wurden abgehängt, man hofft auf „gute Nachbarschaft“ und neue Betriebe in der Stadt.

Das hoffen andere Kommunen aber auch. Auch in anderen Städten gibt es Marketingbeauftragte.

Oberste Priorität soll die Wirtschaftsförderung haben, heißt es. Ein schönes Bild: Der Banker Ziegler, „eine starke und engagierte Persönlichkeit“, kommuniziert auf „Augenhöhe“ mit Konzernvertretern.

„We will make Moerfelden-Walldorf great again!“

Egoismus statt Solidarität.

Neoliberale Illusionen statt gemeinsamer Kampf für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen.



GRUNDSTEUER B UNBEDINGT PROTESTIEREN

KOMMUNALES

Anfragen der DKP/LL-Fraktion

Was gibt es Neues zum Ärztehaus?

Zum Jahresende 2016 sollte es neue Informationen zur Zukunft des Ärztehauses geben. Bisher liegt der Stadtverordnetenversammlung kein Sachstandsbericht vor.

Wir fragen den Magistrat:

Mit welchem Ergebnis wurde in der neu gebildeten Gesundheitskommission über die Zukunft des Ärztehauses gesprochen?

Welche Erkenntnisse brachte das Gespräch mit den Ärzten, die derzeit im Ärztehaus praktizieren?

Gibt es neue Überlegungen hinsichtlich der Besitzübernahme des Gebäudes des Ärztehauses und Sanierung in Regie der Stadt?

Wie würde ein „Übernahmeszenario“ aussehen?

Wann fanden Gespräche darüber mit dem Eigentümer des Ärztehauses statt?

Wird auch in unserer Stadt „aufgerüstet“?

„Die Hessen rüsten auf“ titelte dieser Tage eine Lokalzeitung. Das Hessische Innenministerium hatte mitgeteilt, dass die Zahl der Kleinen Waffenscheine 2016 um mehr als die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist.

Wir fragen den Magistrat:

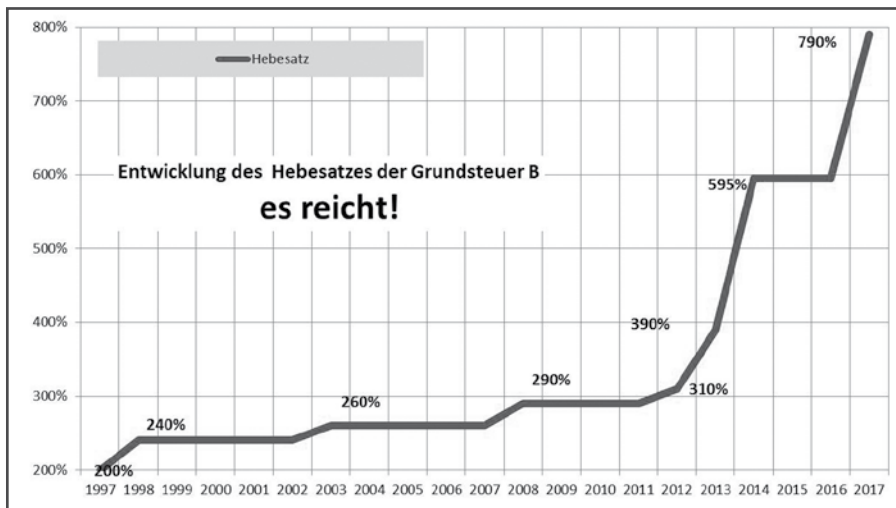
Welche örtlichen Zahlen liegen dem Magistrat dazu vor?

Liegt unsere Stadt in Sachen „Aufrüstung“ im Trend?

Welche Gründe sind dafür maßgeblich und wie geht die Verwaltung damit um?

Protestieren auch im Internet:

www.openpetition.de/petition/online/erhoehung-der-grundsteuer-b-stoppen



Die Stadt hat die Gebührenbescheide 2017 an alle Eigentümer von Haus oder Eigentumswohnung geschickt. Erneut wird die Grundsteuer B erhöht. Auf einen Hebesatz von 790%.

Zur Erinnerung: Die Grundsteuer B lag 2012 noch bei 290%, vor 4 Jahren bei 310%. Zuerst wurde sie 2013 rückwirkend auf 390% angehoben, im Jahr 2014 über 430% auf 595%. Und jetzt 790% (siehe Grafik).

Was kann man tun? Wir raten zu Protest und Widerspruch.

Bei der letzten Erhöhung hat man die Widersprüche „abgebügelt“. Es wird an uns allen hängen, ob das erneut so geschieht.

Wichtig: Alle Eigentümer können gegen diesen Abgabebescheid Widerspruch einlegen.

Jeder Einwohner ist betroffen und kann gegen diese Gebührenpolitik protestieren. Dazu gibt es auch bei der DKP/LL eine Unterschriftenliste. Einige Hundert Unterschriften liegen bereits vor.

Es gibt auch eine Petition, die man unterschreiben kann:

<https://www.openpetition.de/petition/online/erhoehung-der-grundsteuer-b-stoppen>.

Die Betroffenen sollten gemeinsam überlegen, welche weiteren Maßnahmen man ergreifen kann, um sich gegen diese erneute Steuererhöhung zur Wehr zu setzen. Wenn es keinen anwachsenden Protest gibt, wird sich diese Rathauskoalition weitere „Grausamkeiten“ einfallen lassen.

(Siehe auch die „Sprüche“ der Verantwortlichen auf Seite 6).

Erhöhung der
Grundsteuer B

Sofort
Widerspruch
einlegen!

VERGESSENE GESCHICHTE BERUFSSVERBOTE

Am 28. Januar 1972, vor 45 Jahren, erließen die Ministerpräsidenten der Bundesländer in Abstimmung mit Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) den sogenannten Radikalenerlass. Mit einer „Regelanfrage“ wurden 3,5 Millionen Menschen vom „Verfassungsschutz“ auf politische „Zuverlässigkeit“ durchleuchtet. In der Folge kam es zu 11000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Der „Radikalenerlass“ führte zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, in der Briefzustellung, als Lokführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten. In der Praxis traf es vor allem Mitglieder der DKP und anderer linker Organisationen. Mit dem Kampfbegriff der „Verfassungsfeindlichkeit“ wurden missliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt, wurde die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft.



Gretel Bühler Ein Beispiel

Unsere Genossin Gretel Bühler erinnert sich:

Niemand von uns dachte im Traum daran, dass uns der Verfassungsschutz bereits bespitzelte und Akten über uns anlegte.

Willi Brandt war Bundeskanzler und wir fieberten mit, dass er ein Misstrauensvotum im Bundestag überstand. Und dann kam wie ein Paukenschlag der von Brandt initiierte Radikalenerlass. Von diesem Moment an waren wir plötzlich Staatsfeinde. Nachdem bereits 1956 die KPD verboten worden war, wussten wir, was das für jeden von uns bedeuten konnte. Plötzlich war unsere Unbeschwertheit, unsere Leichtigkeit verschwunden. Jede(r) musste für sich die Frage beantworten, wie reagiere ich. Behält die Angst die Oberhand oder ist der Wille

stärker, für die eigene Überzeugung zu kämpfen und dafür unter Umständen mit Berufsverbot bestraft zu werden. Es folgte in meinem Fall, wie in Tausenden anderen Fällen, ein Anhörungsverfahren, in dem mir die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes vorgelegt wurden – ein Artikel in der Zeitung der DKP über einen Hochschulstreik, Kandidatur für den Spartakus, eine Studienreise in die DDR und die zentrale Frage, ob ich Mitglied der DKP sei. Ich habe diese Frage nicht beantwortet, da die DKP eine zugelassene Partei war und ist. Zum Glück stand mir ein Rechtsbeistand der GEW zur Seite, der mich beraten und unterstützt hat. ... Nicht nur beruflich und politisch, auch privat hatte diese Anhörung Folgen. Menschen zeigten mir ihre Solidarität, von denen ich es nie erwartet hätte. So hat sich zum Beispiel mein damaliger Schulleiter, ein SPD-Mitglied, geweigert, einen Bericht über mich für den Verfassungsschutz anzufertigen. Andere, enge Freunde und Kollegen, haben sich nicht getraut, ihren Namen unter eine Solidaritätsliste zu setzen. Die Angst vor Repressalien und das Misstrauen hatten sich ausgebreitet. Ich erhielt anonyme Briefe, musste Niedrigkeiten menschlichen Verhaltens erleben. Aber viel größer und bedeutender war die Solidarität vieler Kollegen, der Gewerkschaft, meiner damaligen Schüler und deren Eltern, meiner Familie, vieler Menschen, die ich vorher nicht gekannt hatte. Berufs-

verbotskomitees gründeten sich an meinem Wohnort, überregional und sogar in Holland, die sich mutig und mit langem Atem für mich und andere Betroffene engagierten. Bis heute bin ich all diesen Menschen dankbar. ... Mich persönlich hat das Berufsverbot am Ende gestärkt. Die Solidarität hat mir geholfen, die harten Zeiten zu meistern. Angst vor vermeintlichen Autoritäten habe ich völlig verloren. Ich habe mich nie als Opfer gefühlt, denn ich bin den Weg gegangen, den ich für richtig gehalten habe. ...

Politische Auswirkungen haben die Berufsverbote bis heute. Wenn Kollegen aus Angst vor einem Eintrag in die Personalakte nicht an einem Streik der GEW teilnehmen, wenn gesellschaftlich wichtige Prozesse im Unterricht nicht behandelt werden etc., dann beruht dies auch darauf, dass die Angst vor Repressalien immer gegenwärtig ist.

Das Freiheitsgefühl und die Unbeschwertheit der siebziger Jahre sind bis heute verfliegen. Der Traum von freien und gleichen Menschen in einer freien Gesellschaft ohne Bespitzelung ist weiter entfernt als zu meiner Studienzeit, aber er ist noch lange nicht aufgegeben.

Eine Ausstellung über die Geschichte der Berufsverbote ist vom 1. bis 24. Februar 2017 im DGB-Haus in Darmstadt, Rheinstraße 50 zu sehen.

blickpunkt jugend



Wir wurden darauf hingewiesen: Bringt doch mal was für die Jugend. Wir gehen darauf ein. Was wir wollen steht u.a. in unserem örtlichen Wahlprogramm: www.dkp-mw.de.

Was Jugendliche wollen und fordern, kann z.B. auch öfters im „blickpunkt“ stehen. Es ist ein Versuch - vielleicht klappt's! Schreibt uns eine Mail: blickpunkt@dkp-mw.de

Die Parteien und ihre Spender

Bei den Parteifinzen denkt man zuerst an die staatlichen Zuschüsse. Daneben erhalten die Parteien aber auch großzügige Zuwendungen von Firmen und Privatpersonen. Großspenden ab 50.000 Euro sind zwar veröffentlichungspflichtig, wer davor zurückscheut, kann seine Spende aber stückeln oder den großen Parteien über „Sponsoring“ Gelder zukommen lassen. Trotzdem ist es durchaus aufschlussreich, einen Blick auf die Spendenlisten für die Jahre 2015 und 2016 zu werfen:

Traditionell führt die CDU diese Liste an. 2015/2016 bekam sie über 1,5 Mio. Euro an Großspenden, größte Geber waren Südwestmetall, Daimler, Großaktionäre von BMW, der Oetker-Konzernchef sowie der frühere Geschäftsführer des Pharmakonzerns Merz. Südwestmetall hat dabei „überparteilich“ gespendet und auch FDP, Grüne und SPD bedacht, allerdings mit unterschiedlichen Beträgen.

An zweiter Stelle bei den Großspenden: Die FDP mit 860.000 Euro, darunter auch ein großer Betrag des Gründers der privaten „Helios“-Kliniken. Dank einer Großspende eines vermögenden Investors unerwartet auf Platz drei: Bündnis 90/Die Grünen mit 820.000 Euro. Die CSU bekam ihre 708.000 Euro allein vom Verband des bayrischen Metall- und Elektroindustrie.

Erst danach die SPD. Ihre 521.000 Euro spendeten u.a. Daimler, Süd-

westmetall und eine Bank. Die AfD, die ihren einträglichen Goldhandel ja einstellen musste, kam Ende 2016 durch eine 100.000 Euro-Spende einer Immobilien-Investorin auch noch auf die Liste. Nicht „bedacht“ wurden Die LINKE und die DKP.

Für 2017 ist übrigens mit einem deutlichen Zuwachs der Parteispenden zu rechnen – wie immer in einem wichtigen Wahljahr.

Kluft zwischen Arm und Reich immer größer

Die globale Ungleichheit nimmt laut der britischen Hilfsorganisation Oxfam immer dramatischere Ausmaße an. Demnach verfügen die acht reichsten Männer der Welt zusammen

über ein Vermögen von 426 Milliarden US-Dollar. Das ist mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt - und das sind mehr als dreieinhalb Milliarden Menschen.

In Deutschland besitzen laut Oxfam 36 Milliardäre zusammen so viel wie die ärmere Hälfte der Bundesbürger. Oxfam: „Unser Wirtschaftsmodell ist kaputt, weil es die ganz oben belohnt und daran scheitert, die Früchte des Wachstums gerechter zu verteilen. Mehr dieses Wohlstands müsste für Schulen ausgegeben werden und weniger für Superjachten.“

Die soziale Ungleichheit wächst, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich jedes Jahr weiter und hat jetzt ein neues Extrem erreicht. Was neu ist: Jetzt sehen alle, welche politischen Folgen das hat.

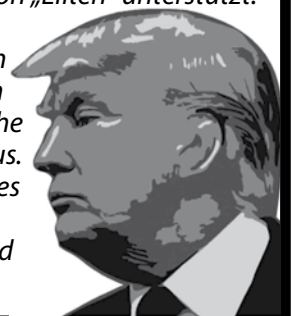
Wer reich ist, ist einflussreich. Er macht Meinung und gewinnt auch Wahlen.

Die Bundesregierung zahlte Millionen an die Clinton-Stiftung. Deutsche Konzerne, darunter Bayer, Siemens, Allianz und die Deutsche Bank, haben auch diesen Typ mit Millionen im Wahlkampf unterstützt. Auf der einen Seite steht jetzt dort das vorrangig national agierende Kapital der USA. Ihr Vertreter ist Trump.

Auf der anderen Seite steht das international operierende Kapital. Der Rechtspopulismus in Europa wird u.a. auch von „Eliten“ unterstützt. Das alles zusammen ist brandgefährlich.

In vielen Ländern nimmt die Konzentration von Reichtum und Eigentum in den Händen einer kleinen Gruppe von Superreichen zu - und wirtschaftliche Macht ist auch politische Macht. Das ist Kapitalismus. Demokratisch ist dieses System nicht. Man muss es überwinden.

Unsoziale Politik im Interesse von Milliardären und Konzernen muss bekämpft werden. Überall!





Christoph Butterwegge: Armut

Gerade zur richtigen Zeit hat der Bundespräsidentenwahlkandidat der LINKEN ein hochaktuelles Buch herausgebracht, das jeden interessieren müsste.

Die Armut umfasst nicht nur die aktuelle Armut, die durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit entstanden ist, sondern auch die Altersarmut, die in Zukunft wegen der niedrigen Löhne, durch Leiharbeit, Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse oder durch Unterschreiten der Tarifentgelte verursacht wird. Die sog. Tafeln, die sich bundesweit etabliert haben, lindern die Not etwas. Doch die Waren, die nicht mehr regulär verkauft werden können, „beschönigen“ die Armut.

„Armut“ ist ein brisanter, weil politisch-normativer, emotional besetzter und moralisch aufgeladener Begriff. Christoph Butterwegge diskutiert den Armutsbegriff, wirft einen Blick auf die Geschichte der Armut und vermittelt die theoretischen Grundlagen. Er stellt die Hauptrichtungen der Armutforschung vor, erläutert die gängigen Methoden der Armutsmessung und hinterfragt die statistische Datenlage, wie sie die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung dokumentieren. Neben den unterschiedlichen Erscheinungsformen und den Folgen für die Betroffenen, wie für die Gesellschaft, beschäftigt ihn die Entstehungsursachen und die wenig überzeugenden Erklärungsansätze der (Medien-)Öffentlichkeit. Abschließend geht es um den Kampf gegen die Armut sowie die Frage, welche Maßnahmen hierbei Erfolg versprechen und ob das bedingungslose Grundeinkommen ein Patentrezept darstellt.

Der Autor Christoph Butterwegge war von 1998 bis 2016 Professor an der Hochschule für Politikwissenschaften in Köln.

Das Buch ist 130 Seiten stark, ist im PapyRosa-Verlag erschienen und kostet 9,90 Euro.

Viele lesen den „blickpunkt“ gern.

Wer hilft, den „blickpunkt“ zu teilen?

Wer hilft mit Spenden, damit er weiter erscheinen kann?

Näheres bei GerdSchulmeyer@gmx.de



Bundeswehr-Panzer an die Grenze Russlands

Zur militärischen Abschreckung Russlands verlegte die Bundeswehr die ersten Soldaten im Rahmen der Nato-Aufrüstung nach Litauen. Die Panzergrenadiere wurden in die frühere Sowjetrepublik verlegt. Die Nato hatte bei ihrem Gipfel im vergangenen Sommer die Entsendung von je etwa 1000 Soldaten nach Polen, Lettland, Estland und Litauen beschlossen. Die Nato will die Ostflanke stärken. Die Amerikaner sind schon da. Die 3. Panzerbrigade der 4. US Infanteriedivision mit mehr als 2000 Panzern und Lastwagen kam u.a. über Bremerhaven.

Viele fragen auch bei uns: „Warum provoziert man die Russen mit derartigen Militäraufmärschen?“ und „Muss Deutschland wieder einmal dabei sein?“

In der Öffentlichkeit und auch im privaten Leben nehmen derzeit die besorgten Fragen zu, ob die größten Munitions- und Panzerfahrzeugtransporte der Militärs in Richtung russischer Grenze seit dem Zweiten Weltkrieg, nach Polen und ins Baltikum, als Kriegsvorbereitungen gesehen werden müssen. Die Sorge ist verständlich und wir sollten diese Sorgen ernst nehmen.

Wenn es um die Sicherung der US-Vorherrschaft geht, egal mit welchen Mitteln, sind die Neokonservativen bei den Republikanern und die liberalen Falken der Demokraten ein

Herz und Seele. Das Kabinett des 45. US-Präsidenten gleicht mit seinen Ex-Generälen und Wirtschaftsbossen eher einer Mischung aus südamerikanischer Militärjunta und der Führungsetage eines Wirtschaftskonzerns als den Kabinetten früherer Präsidenten. Ein solch offener Betrug am Wähler ist in den USA allerdings nichts Neues. Die Richtung der US-Politik wird schon lange nicht vom Weißen Haus in Washington, sondern von der Wall Street und ihrer wichtigsten Organisation, der US-Zentralbank Federal Reserve, vorgegeben.

Niemand muss zu den Soldaten

Wie wir hörten, haben auch in Mörfelden-Walldorf kürzlich wieder Jugendliche, die im laufenden Jahr 18 Jahre alt werden, Werbung von der Bundeswehr bekommen.

Wir erinnern an dieser Stelle daran, dass es die Möglichkeit gibt, die Weitergabe der Meldedaten durch das Einwohnermeldeamt zu untersagen.

Auch wenn die Bundeswehr weiter um Minderjährige wirbt und die Zahl der minderjährigen Soldatinnen und Soldaten seit Jahren steigt:

Niemand muss zu den Soldaten! Die Werbung von „Kindersoldaten“ gehört verboten. GS

KURZ UND KNAPP

Vom Regen in die Traufe

880.000,- € sollen zukünftig jährlich von den Stadtwerken als „Gewinnabführung“ an die Stadtkasse überwiesen werden. Dieser Gewinn ist nur über höhere Wasser-/Abwassergebühren zu „erwirtschaften“. Den Bürgermeister, den neuen „Urhahn“ und ihre Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung scheint das nicht zu stören. SPD und Grüne haben damit angefangen. Die „wirtschaftsorientierten“ neuen Herren im Rathaus wollen offensichtlich das „Kostendeckungsprinzip“, das für kommunale Eigenbetriebe gilt, völlig aufgeben. Das wird - wie die Erhöhung der Grundsteuer B - vor allem die „kleinen Leute“ treffen. Wer sich von den „Freien Wählern“ etwas anderes erwartet hat, ist vom Regen in die Traufe gekommen.

Beschämendes Signal

Seit Jahrzehnten unterstützt unsere Stadt „Kommunale Entwicklungshilfe“. Die Stadt hat damit immer wieder beispielhafte Zeichen der Solidarität gesetzt. Viele junge Menschen haben so gelernt, dass wir in einer Welt leben. In den letzten Jahren wurde der Ansatz ziemlich zusammengestrichen. Im Haushaltsentwurf für 2017 stehen gerade mal noch 6000,- €. Eigentlich sollte der Blick für internationale Zusammenhänge geschärft werden. Das Gegenteil ist der Fall. Wir halten das für ein beschämendes Signal.

Neues von den „Finanzexperten“ im Rathaus

Ach ja, die Finanzen in Mörfelden-Walldorf. 2019 wollen FDP, Freie Wähler und die SPD den Schutzschirm des Landes Hessen verlassen. Sagen sie.

Keiner sprach von der CDU-geführten Erpressung aus Wiesbaden von der unverschämten Umverteilung von unten nach oben. Sie kürzen, bauen Sozialleistungen ab, erhöhen die Grundsteuer B und sprechen von „notwendigen Übeln“. Man sollte es nicht vergessen.

„Der Haushalt ist gut aufgearbeitet und schon jetzt genehmigungsfähig - sowohl für die Aufsichtsbehörde als auch für die Koalition“, sagt Freie Wähler-Chef Burkhard Ziegler, der neue „Urhahn“. Dann meint der „Finanzspezialist“ noch: „Die nächsten zwei Jahre werden kein Zuckerschlecken, aber wir müssen sichergehen, dass wir den Schutzschirm des Landes 2019 tatsächlich verlassen können“.

Carsten Röcken, Sprecher der FDP (die mit dem Mann mit den neuen 500.000-Euro-Blitzanlagen): „Der Etat 2017 ist querbeet von notwendigen Einsparungen geprägt“. Dabei müsse aber jeder seinen Teil beitragen. „Natürlich schreit niemand ‚Hurra‘, wenn wir die Kita-gebühren erhöhen. Aber wenn wir den Konsolidierungspfad einhalten wollen, dann müssen wir langsam Gas geben“, sagte er der Presse. Grundsätzlich handele es sich um einen ausgewogenen Haushaltsansatz ohne gravierende Schief lagen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Best meint, „es sei wichtig,

den Bürgern zu verdeutlichen, dass ihnen nicht das Geld aus der Tasche gezogen werde.“

Steuer- und Gebührenerhöhungen seien notwendig, um das übergeordnete Ziel, den Schutzschirm in zwei Jahren zu verlassen, zu erreichen. Er meinte noch, „dass es trotz der hohen Anforderungen des Schutzschirms keine drastischen Einschränkungen in den Angeboten der Doppelstadt gebe“.

(Ja, wo lebt er denn?)

Wir sagen:

„Entscheidend bleibt: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen auf eine solide gemeindefreundliche Grundlage gestellt werden. Wir werden keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung entziehen, weil (angeblich) die finanziellen Mittel fehlen.“

Dafür könnte der Magistrat eintreten. Aber sie spielen lieber Arzt am Krankenbett dieser Gesellschaft.



Die LINKE und die DKP hatten ihren Neujahrsempfang. Hauptrednerin war die Landtagsabgeordnete Gaby Faulhaber. Jörg Cezanne begrüßte und führte durch das Programm. Gerd Schulmeyer war mit der Gitarre dabei und sang Lieder von Bob Dylan. Mit Liedern vom „anderen Amerika“ begeisterten auch Bodo Kolbe, Ralf Baitinger und Bernd Pirner.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Feinstaub kommt auch von oben

Es gab mal wieder einen Bericht der Bundesregierung: Hunderte Tonnen Kerosin werden über Hessen freigesetzt. Es wurde auch mal wieder abgewiegelt. Wir alle wissen, in Notfällen müssen Flugzeuge in der Luft Kerosin ablassen, um in kritischen Situationen ihr Landegewicht zu verringern. In den Jahren 2010 und 2015 wurden 18 derartige Fälle gemeldet.

Zivile Flugzeuge ließen über Hessen 548,1 Tonnen Treibstoff ab. Die Region rund um Gießen war mit mindestens 100 Tonnen besonders stark betroffen.

Beim sogenannten Kraftstoffschnellablass handelt es sich um ein Notverfahren, das Flugzeugen eine sichere Kontrolle der Landung mit nicht zu vielem Gewicht ermöglichen soll, etwa bei einer Notlandung kurz nach dem Start. Jeder Fall muss genehmigt werden. Die Flugsicherung weist dem Piloten dann ein großflächiges Gebiet zum Ablassen zu.

Das Hessische Wirtschaftsministerium meint, dass der Treibstoff beim



Ablassen zu einem feinen Nebel zerstäubt und die Tröpfchen größtenteils verdampfen.

Aktuelle Daten über die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt gäbe es nicht. Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) sieht im Kraftstoffablass kein Problem: „Die verbleibende Konzentration in der Atemluft ist derart gering, dass eine gesundheitlich relevante Exposition der Bevölkerung nicht anzunehmen ist.“ Der Naturschutzbund (Nabu) kritisiert den Treibstoffablass und fordert, die Auswirkungen mit aktuellen Messungen zu untersuchen.

Dass die giftigen Tropfen verdampfen, bedeute schließlich nicht, dass sie einfach verschwinden, sagt Dietmar Oeliger, Fachreferent für Verkehrspolitik. „Wenn das Kerosin in der Luft ist, atmen die Menschen es ein.“

„Dumm Geschwätz...“

Ein „blickpunkt“-Leser schrieb uns zu den Äußerungen aus dem hessischen Wirtschaftsministerium: „Wollen die uns für dumm verkaufen? Wie verwandeln sich 548 Tonnen Flugzeugtreibstoff zu Nichts?“

200. Montagsdemonstration im Frankfurter Flughafen

Seit nunmehr über 5 Jahren demonstrieren AnwohnerInnen Montag für Montag gegen den ständig weiter wuchernden Flughafen. Gegen Fluglärm und Luftverschmutzung.

Die Bürgerinitiativen haben einen langen Atem. Auch bei der 200sten Montagsdemo forderten sie u.a.:

Kein weiterer Ausbau. Kein Terminal 3. Keine Nachtflüge. Keine Starts oder Landungen zwischen 22 und 6 Uhr.



Bei allen, die helfen, dass der „blickpunkt“ weiter erscheinen kann, bedanken wir uns herzlich. Ein Leser schreibt: „Mir imponiert, wie ihr euch für die kleinen Leute einsetzt!“

Wir sehen das als Anerkennung unserer Arbeit und wir wollen diese Zeitung weiter regelmäßig herausgeben.

Die Technik muss ab und zu modernisiert werden. Kleine und größere Spenden helfen uns dabei.

Unser Spenden-Konto:

Kreissparkasse GG, IBAN DE37 5085 2553 0009 0034 19



Zu den „Stadtgeschichten“ auf dieser Seite gehörten schon von Anfang an auch Beschreibungen von Arbeitsplätzen der verschiedensten Berufe. Dazu zählten Maurer, Schlosser, Schreiner, Zimmerleute, aber auch Berufe, die es heute kaum noch gibt, wie Wagner, Küfer oder Schmiede. Das heutige Bild aus dem Jahre 1954 zeigt den verantwortungsvollen Arbeitsplatz von Ludwig Klein aus Walldorf bei der Eisenbahn, unter alten Walldorfern auch bekannt als „Eisebaaner-Lui“ oder „Bie-Mamme-Lui“. Er saß damals am Schalttisch, hoch über den Gleisen, im Stellwerk Niederrad. Vor ihm steht der Bahnhofsvorsteher, der auch im Bahnhof wohnte. Das Stellwerk, damals das Modernste seiner Art, stand auf der anderen Seite des Mains, links neben den Gleisen in Richtung Hauptbahnhof. Heute ist es verlassen und hat keine Verwendung mehr - es gibt inzwischen neue Techniken, die auch Personal überflüssig machten. Aber damals war dort ein wichtiger, verkehrsreicher Knotenpunkt mit etwa 600 vorbeifahrenden Zügen am Tag, der Strecken aus Mannheim, Mainz, Heidelberg/Darmstadt und Ffm.-Süd, alle in Richtung Frankfurt-Hauptbahnhof und zurück. Ludwig Klein erinnert sich noch an die stressvolle Arbeit. Laufend kamen Durchsagen, es mussten Knöpfe gedrückt, Schieber geschoben und Signale sowie Weichen gestellt werden. Die Arbeitszeit betrug damals noch 56 Stunden in der Woche bei Früh-, Spät- und Nachtschicht, wobei nur 48 Stunden bezahlt wurden. Die Ausbildungs- und Arbeitsstätten von Ludwig Klein waren vielseitig und an vielen Orten, z. B. beim Rangierdienst, bei Gleisbauarbeiten, auf dem Bau als Zimmermann, im Signal- und Fernsprechdienst, als Schrankenwärter und zum Schluss als Fahrdienstleiter in Bahnhöfen und Stellwerken von Gernsheim bis Frankfurt-Hbf.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

Spieleabend

Dienstag, 7.02.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Konzert „FROM ATOA“

Samstag, 11.02.2017, 20 Uhr, Eintritt: € 8,-/€ 5,-
(ermäßig) - VVK im KuBa

Ri-Ra-Rost-Café.

Diesmal: Rommé oder Rummicub?
Mittwoch, 15.02.2017, 14.30-17.30 Uhr

Das Vinyl wird gerettet. Pop und Rock/Oldies der 60er und 70er Jahre

Donnerstag, 16.02.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Nostalgie de Paris (Petit Orchestre de Musette)

Freitag, 17.02.2017, 20 Uhr,

Eintritt: 8,- / 6,- €; VVK: KuBa u. Buchhandlung Giebel

Skat-Turnier

Samstag, 18.2.2017, 14 Uhr,
Antrittsgelder: 10 €, Schüler 5 €

Spieleabend

Dienstag, 21.02.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Bal-Folk-Session. Ein Treffen für Musiker

Mittwoch, 22.02.2017, 19 Uhr, Eintritt 1 €

Quiz

Freitag, 24.02.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Nooch Kees
kimmt selten
Butter.

Alte Bauernweisheit - heute noch aktuell.

(s. S. 1)